

Thörner Zeitung.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. - Prämienrations-Preis für Einheimische 2 M. - Auswärtige zahlen bei den Kaiserl. Postanstalten 2 M. 50 d.



Begründet 1760.

Redaktion und Expedition Bäckerstraße 39.
Inserate werden täglich bis 21 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die fünfspaltige Zeile der gewöhnlichen Schrift oder deren Raum 10 d

Nr. 34.

Mittwoch, den 10. Februar

1892

Tageschau.

Die Verurtheilung des Grafen Limburg-Stirum seitens des Disziplinar-Cartheitshofes in Berlin zu Dienstentlassung und Pensionsverlust hat in Abgeordnetenkreisen überrascht. Der Graf war nach beendetem Verhandlung am Sonnabend im preußischen Abgeordnetenhaus erschienen. Nach den Mittheilungen, die er seinen Bekannten machte, nahmen diese an, das Urteil würde höchstens auf Verweis lauten. Der Staatsanwalt hatte allerdings Amtsentlassung beantragt. Graf Limburg-Stirum, der sich selbst vertheidigt hatte, soll beabsichtigen, von seinem Recht der Berufung an das Staatsministerium Gebräuch zu machen.

Die „Kreuz-Zeitung“ nimmt nicht Anstand, das Geheimnis der Volkschulvorangelegung aufzuklären. „Es gibt“, so schreibt sie, „politische Constellationen, die vielleicht nicht wiederkehren; bleiben sie unbekannt, so können die Folgen unabsehbar werden. Dem gegenüber müssen unseres Erachtens Rücksichten mehr formaler Art zurücktreten.“ In den letzten Tagen haben sich auch in konservativen Kreisen die Bedenken gegen die Vorlage gemehrt. Im konservativen „Wochenblatt“ hatte der dem Herrenhause angehörende Graf Hohenholz seine warnende Stimme erhoben. Wieder wie bei der Landgemeindeordnung sieht die „Kreuz-Zeitung“ ihre vornommiene Aufgabe darin, den Schwankenden in ihren eigenen Reihen den Nacken zu steifen. Daher die Warnung vor „formalen“ Änderungen des Gesetzes, die vielleicht die Bundesgenossen im Centrum stützen oder gar abtrünnig machen könnte. Es gibt politische Constellationen, die vielleicht nicht wiederkehren. In welcher Weise sie ausgenutzt werden sollen, davon gibt einen Vorgeschmack die Polemik der „Kreuz-Zeitung“ gegen die Frage des Professors Felix Dahn, ob in der Schule etwa Luthers Teufelsglaube gelehrt werden solle? „Dahn“, so schreibt sie, „weiß nicht, daß Luthers Teufelsglaube ein ökumenisches Bekenntnis aller christlichen Konfessionen ist, und wenn ein breslauer Professor dem Teufel seine Existenz abdecreit, so genügt das eben so wenig, wie wenn ein Sozialdemokrat Gott leugnet.“ Über diese Ausschreibungen wird sich Niemand wundern können, der die Richtung der „Kreuz-Zeitung“ auch nur etwas näher kennen gelernt hat. Theben, welche die Existenz des Teufels beweisen sollten, wurden von einem Anhänger derselben in einem theologischen Seminar Berlins vor Jahren allen Ernstes verfochten. Der konservative Cultusminister v. Goßler hatte die Gunst seiner ehemaligen Parteigenossen für immer verscherzt, als er die Freiheit der Wissenschaft gegenüber einem Stöcker zu vertheidigen wagte. Unter dem Grafen Zedlik, einem Nachkommen des Ministers Zedlik, dem vor hundert Jahren Kant seine Kritik der reinen Vernunft widmete, sehen die Herren von der Richtung der „Kreuz-Zeitung“ günstigere Sterne für sich leuchten. Ein Cultusminister der sich zu der Ansicht bekennet, daß es eine allgemeine menschliche Moral nicht gebe, sondern nur eine menschliche Unmoral, läßt in der That auf Constellationen schließen, die so bald nicht wiederkehren werden!

Die Commission des preußischen Abgeordnetenhauses zur Beratung des Volkschulgesetzes

hat am Montag ihre Berathungen begonnen. Zu den ersten Paragraphen, welche die grundlegenden Bestimmungen enthalten, liegen bereits eine ganze Anzahl von Abänderungsanträgen vor; wie bisher erachtlich, sind die Conservativen sowie die Centrumspartei entschlossen, das Gesetz im Wesentlichen auf Grund der gegenwärtigen Fassung zur Annahme zu bringen.

Der ganze Lehrkörper der Universität in Halle a. S., an der Luther gewirkt, hat eine Eingabe an das preußische Abgeordnetenhaus beschlossen, in der die Ablehnung des neuen Volkschulgesetzes gefordert werden soll. Auch sonst sind zahlreiche neue Proteste in Berlin eingegangen.

Nach dem Buchdruckerfeier. Wie wir der Zeitschrift für Deutschlands Buchdruckereien entnehmen, sind diejenigen Leipziger Buchdruckereien, welche j. B. bei Ausbruch des Aufstandes die höheren Lohnsätze bewilligten, neuerdings ebenfalls zu den alten Tarifzägen zurückgekehrt. Bei diesem Rückzuge wollte sich auch der Buchdruckereibesitzer G. Thiele, der Drucker des sozialdemokratischen Blattes „der Wähler“, beteiligen. Nach „ernsten Auseinandersetzungen“ mit den Betheiligten hat sich aber T. bewegen gesehen, von diesem Vorhaben abzustehen.

Beim Anarchisten sind im Laufe der letzten Woche in Berlin verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis gebracht worden.

Im Grenzorte Dombrowa an der Warschau-Wiener Eisenbahn wurden sechs Personen verhaftet, bei denen sich sozialistische und revolutionäre Schriften fanden. Die Verhafteten wurden gefesselt nach der Gouvernementsstadt Petrikau transportiert.

Einer Meldung der R. 3 aus Warschau zufolge bot ein Artillerieoberst seiner Truppe Guten Morgen, worauf Alles stumm blieb. Der Oberst bot sodann dem ältesten Unteroffizier-Feldwebel persönlich seinen Morgengruß und erschöpfte diesen, als er den Gruß unerwidert ließ. Aus dem gleichen Grunde erschöpfte der Oberst einen zweiten Avancierten, worauf sein vor der Frontmitte wiederholter Gruß einstimmig erwidert wurde.

Aus Deutsch-Ostafrika. Wie aus Zanzibar gemeldet wird, nehmen die Vorbereitungen für die Borchartse Expedition zum Victoriasee ihren Fortgang, es waren schon bis zum 8. Januar etwa 450 Trägerlasten vorbereitet, man erwartete in wenigen Tagen noch den Leiter, der noch eine nicht geringe Menge von Transport-Gegenständen mitbringen sollte. Danach bestand in den beteiligten Kreisen die Annahme, daß die Expedition keinesfalls unter 600 Träger nötig hat, also in einer Stärke von wenigstens 700 Mann auszurücken wird unter Hinzuzählung von 80 Askaris, je zur Hälfte Sudanesen und Somali.

Aus Kamerun. Die Expedition im südlichen Theile von Kamerun unter der Führung des Kompanieführer Ramsay ist von der Station Kribi im südlichen Kamerungebiet nach dem Innern aufgebrochen und dürfte zuerst nach der Hauptstation gehen, welche seit längerer Zeit von Herrn Zenger verwaltet worden ist. Das Endziel der Zintgraffischen Expedition scheint vorläufig Adamaua zu sein, während die südliche eher nach Osten dringen würde.

nich handelt, das ich nicht erfahren soll, das ich aber erfahren will und werde — um jeden Preis!“

„Wenn es überhaupt etwas zu erfahren gibt!“ ließ sich in diesem Augenblick eine schneidende Stimme dicht hinter Emilie Dauvers vernehmen, und mit einem Ausdruck der Erleichterung eilte Marie an die Seite ihres Gattin, der während der letzten Worte eingetreten war.

Er führte seine Gattin an die Thür, durch welche sie, ihm ohne Weiteres gehorchnahm verschwand; dann erst, als sie fort war, trat er mit einem Blick, vor dem selbst Fräulein Dauvers erzitterte, der Erzieherin gegenüber.

„Womit haben Sie meine arme Frau so sehr erschreckt?“ herrschte er sie an, als sei er ihr Richter.

Fräulein Dauvers antwortete nicht, sondern blickte starr vor sich hin auf den Teppich zu ihren Füßen.

„Muß ich Ihnen noch sagen,“ fuhr er in strengem Tone fort, „daß Ihr Plan durchschaut ist? Gewarnt sein, heißt auch gewappnet sein, und ich bin schon lange vor Ihnen gewarnt worden. Stellen Sie Ihre Fragen; ich werde sehen, ob ich gesonnen bin, dieselben zu beantworten oder nicht!“

„Lassen Sie mich vorbei!“ stieß Fräulein Dauvers zornig aus. „Mit Ihrer Frau habe ich zu schaffen gehabt, nicht mit Ihnen; mit Ihnen habe ich nichts, absolut gar nichts zu thun!“

Er wich nicht um einen Schritt bei Seite.

„Was meine Frau berührt, das geht auch mich an.“ lautete seine stoische Antwort. „Ich ertheile Ihnen also den guten Rath, mir zu sagen, was Sie von ihr wollten.“

Seine kaltblütige Ruhe brachte sie außer sich.

„Und ich ertheile Ihnen den guten Rath,“ kreischte sie mehr, als sie sprach, „Ihre Frau hinter Schloß und Riegel zu geben! Wenn Sie Geheimnisse einer Narrin anvertrauen, so müssen Sie auch darauf gefaßt sein, daß sie dieselben bei erstbestem Gelegenheit in alle Welt hinausposaunt!“

Deutsches Reich.

Am Montag Morgen hatten die kaiserlichen Majestäten eine Spazierfahrt durch den Tiergarten gemacht. Von derselben zum Schloß zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Civilcabinets und mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamts, Vizeadmiral Hollmann und dem Chef des Marinecabins Kapitän z. S. Frhrn. v. Senden-Biran. Später empfing der Kaiser den Bildhauer Schott, welcher das Modell der Kreuzerkorvette „Kaiserin Augusta“ vorzeigte, und ertheilte darauf dem aus Italien eingetroffenen Grafen Santa Rosa eine Audienz. Am Nachmittage entsprach Se. Majestät einer Einladung des commandirenden Generals des Garde-corps, Generals der Infanterie Frhrn. v. Meerscheidt-Hülssem zum Diner.

Der verstorbene italienische Botschafter Graf Lanuay beim deutschen Reiche wird in Berlin bestattet werden, am Mittwoch findet für ihn eine Trauerfeier in der Hedwigskirche statt.

Aus Friedrichsruh: Fürst Bismarck empfing am Sonntag die das Ehrenmitgliedsdiplom übertragenden Abgeordneten des Lübecker Kampfgenossenvereins und unterhielt sich in leutseligster Weise während der Frühstückstafel drei Stunden lang mit denselben.

Dem Bundesthau ist der Entwurf von Bestimmungen, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb, rebst einer erläuternden Denkschrift zur Beschlusffassung vorgelegt.

Der neue deutsche Inspekteur der türkischen Artillerie. Der Major von Grumbkow, bisher Commandeur des Großherzoglich mecklenburgischen Abtheilung des holsteinischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 24, ist zum Inspekteur der türkischen Artillerie ernannt worden.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

167. Sitzung vom 8. Februar.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsministers des Innern wird bei den Forderungen für das Reichsversicherungssamt und Alters- und Invalidenversicherung fortgesetzt.

Abg. Hüge (Er) hält die Notwendigkeit einer baldigen Reform der Unfallversicherung für erwiesen und wünscht auch, daß mit einer Änderung des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes bald ernst gemacht werde. Das Gesetz habe doch viele Mängel.

Staatssekretär von Böttcher wiederholte, daß eine Reform der Unfallversicherung den Reichstag in der nächsten Session beschäftigen werde. Der Erfolg der Altersversicherung sei im ersten Jahre ein recht guter gewesen, er sei auch überzeugt, daß das Publikum werde sich daran gewöhnen.

Abg. Hirsch (freis.) meint, froh über das Gesetz seien nur die Rentenempfänger, alle übrigen Kreise wollen nichts davon wissen. Die Altersversicherung koste Jahr für Jahr Millionen und gewähre blutwenig. Eine baldige durchgreifende Reform sei jedenfalls nicht aufzuschieben.

Abg. von Heldorf (cons.) weiß die Ausstrahlungen des Börsenrevers als ganz einstria zurück. Die Lasten der Altersversicherung seien nicht so schwer, daß sie nicht getragen werden könnten, selbst die Landwirtschaft werde sich daran gewöhnen.

Sie heftete bei diesen Worten ihre Blicke durchdringend auf den Arzt, aber Nichts in seinen Zügen verriet ihr, ob er sich getroffen fühlte oder nicht.

„Erweisen Sie mir die Gefälligkeit, Ihren früheren Platz wieder einzunehmen,“ sagte er mit einer Bestimmtheit, gegen welche sich aufzulehnen ein Ding der Unmöglichkeit war, so daß sie denn auch schwiegend der Aufforderung Folge leistete.

Er blieb mit verschränkten Armen ihr gegenüber stehen und beobachtete ihr Antlitz mit kritischer Miene.

„Sie sehen, ich bin gewappnet!“ sprach er scharf. „Ich kenne und durchschau Sie! Als Erzieherin haben Sie hier im Hause das Vertrauen missbraucht, welches man Ihnen entgebracht hat, und ich irre mich sicher nicht, wenn ich annehme, daß Sie, um jene Situation auszuwenden, einzig hierher gekommen sind!“

Fräulein Dauvers sah ihn an, als wollte sie sich auf ihn stützen.

„Hüten Sie sich, Herr Doktor!“ stieß sie wuthbebend hervor. „Es ist nicht immer das Klügste, den Spieß umzukehren. Forschen Sie in meinem Leben nach, so viel Sie wollen, Sie finden in demselben keine kriminellen Geheimnisse. Glauben Sie wohl, daß es in Ihrer Vergangenheit eben so gut bestellt ist?“

Das Lächeln, welches er auf ihre Worte hatte, glich mehr dem Grinsen eines Teufels, und es ließ ihr Blut gänzlich erstarren.

„Forschen Sie doch bitte!“ sprach er hohnvoll. „Sie werden vielleicht eine ganze Anzahl von Geheimnissen finden, aber keins ergründen, das für Sie von Vortheil sein kann. Es steht Ihnen vollkommen frei, in dieser Hinsicht ganz und gar nach Ihrem eigenen Ermessen zu handeln. Um indeß für jetzt auf Wichtiges zurückzukommen, gestatten Sie mir, Ihnen bekannt zu geben, daß als meine Schwägerin dies Haus verlassen, sie eine Botschaft an Sie hier zurückgelassen hat!“

gesprochen, wird die Verhandlung verlängert. Es werden außerdem noch die auf dem letzten Postkongress in Wien abgeschlossenen Konventionen genehmigt. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr.

Ausland.

Frankreich. Die französischen Journaux besprechen mit großem Hochgefühl die in dem vor Kurzem bekannt gewordenen Erlass des Prinzen Georg von Sachsen enthaltenen Mittheilungen über Soldatenmisshandlungen in der deutschen Armee und thun so, als ob derartige Dinge in Frankreich überhaupt nicht passieren könnten. In Wahrheit sieht es aber dort viel schlimmer als in Deutschland aus. — In Lille, wo Omnibus- und Pferdebahnangestellte streiken, ist es zu lebhaften Krawallen gekommen.

Großbritannien. Die englische Armee wird bekanntlich durch Werbungen gebildet. Dieselben sind aber so schlecht ausgefallen, daß die englische Armee heute 5000 Mann weniger zählt, als sie eigentlich zählen soll. Dabei hat man schon zahlreiche junge Menschen, die noch gar nicht das militärische Alter haben, mit eingestellt.

Österreich-Ungarn. Zur Verhinderung der Soldatenmisshandlungen in der Armee werden auch in Österreich-Ungarn Maßregeln ergriffen. Die Militärverwaltung ordnete zunächst an, daß die während der letzten Jahre bei den Militärgerichten verhandelten Fälle von Misshandlungen der Mannschaft durch Vorgesetzte zusammengestellt und ihnen vorgelegt werden.

Amerika. In Argentinien sind nach einem Telegramm aus Buenos-Aires die Wahlen zu Gunsten der Partei ausgefallen, welche eine Vermittelung zwischen den Generälen Mitre und Rocca wünscht. Bei den Wahlen fanden verschiedene Ausschreitungen statt, wobei mehrere Personen getötet und verwundet wurden.

Provinzial-Nachrichten.

Briesen. 7. Februar. (Die polnische Volksbank hält heute ihre Generalversammlung ab. Der Rechenschaftsbericht für 1891 weist ein Mitgliederguthaben von 7 580 Mk. und einen Reservefonds von 21 000 Mk. nach. Die eingezahlten Depositen betragen 166 905 Mk. Die den Vereinsmitgliedern gewährten Darlehen beliefen sich auf 192 515 Mk., der Reingewinn erreichte die Höhe von 3 000 Mk.)

Graudenz. 8. Februar. (Neue Zeitung.) Vom 1. März ab soll hier eine täglich erscheinende neue Zeitung herausgegeben werden. Das Blatt nennt sich "Graudener General-Anzeiger". Die Redaktion der neuen Zeitung wird Herr Redakteur Wienandt führen, der vordem fünf Jahre hindurch Redakteur der liberalen Lübecker "Eisenbahn-Zeitung" war.

Marienwerder. 6. Februar. (Aufsicht.) Der Regierungspräsident hat die Aufforstung von östlich liegenden Strecken in Aussicht genommen und zwar hauptsächlich eine in der Feldmark Rospitz belegene Fläche von etwa 115 Hektar Sandböden.

St. Eylau. 7. Februar. (Ertrunken.) Zwei Knaben aus Melchertswalde, im Alter von 10 und 12 Jahren, welche über den Geserichsee nach Schafendorf zur Schule gehen wollten, gerieten in eine offene Stelle des Sees, an welcher gesunken waren und ertranken.

Pr. Stargard. 9. Februar. (Hängt.) Aus der hiesigen Garnison verschwand vor den Herbstmanövern ein Artillerist und blieb trotz eifrigster Nachforschungen verschollen. Am Sonnabend löste sich dies Rätsel: der Unglückliche hatte sich auf einem nicht benützten Bodenraum seines Quartiers erhängt. Die Einquartierung wurde aus diesem Vorstadthause, weil dasselbe zu feucht war, verlegt und der Wirth beschäftigte nunmehr behutsame Weitervermietung seiner sämtlichen Räume. Der Tote war bereits von Leichen u. dergl. stark angefressen und arg entstellt.

Danzig. 8. Februar. (Kaisersuch.) In der heutigen Magistratsitzung theilte der Erste Bürgermeister Dr. Baumgärtner dem Collegium mit, daß Se. Majestät der Kaiser für dieses Jahr einen Besuch in Danzig bestimmt in Aussicht gestellt habe; der Kaiser habe hinzugefügt, daß er bei dem Besuch in Westpreußen ein größeres Fest auf der Marienburg in Aussicht genommen. Se. Majestät habe dem Ersten Bürgermeister gestattet, hiervon der Bürgerschaft Mittheilung zu machen.

Reidenburg. 6. Februar. (Eine ungeheure Feuerbrunst wütete in der gestrigen Nacht in Wiensdorf auf dem Gutsbesitzer Herrn Schulz gehörigen Besitzung. Die Brennerei mit dem ganzen Inventar sowie in der Nähe stehender Stall mit sämtlichem Federvieh ist ein Raub der Flammen geworden. Es wurde sofort gemuthmaßt, daß das Feuer

In ihren Augen leuchte es von Neuem auf. Wollte er auf Umwegen ihr Schweigen erkauft? Furchtete er sie doch, dieser scheinbar so starke Mann?

"An mich — für mich?" rief sie lebhaft. "Ah, das thut wohl, doch nicht gar und gänzlich vergessen worden zu sein!"

Ein böser Ausdruck zeigte sich auf seinen Zügen.

"Nun, eigentlich keine Boshaft," verbesserte er seine ursprüngliche Bemerkung, "aber dennoch Worte, für Sie bestimmt. Sie wissen wohl, daß die Dame eben nicht wählerisch ist mit ihren Auslassungen, wenn es sich um Personen handelt, welche sie beleidigt haben. Fräulein Bolton also sprach zu mir: 'Es existiert ein böses, ränkäufliches Weib, das mir manche peinliche Stunde bereitet hat und beinahe einen furchterlichen Skandal über die Schule gebracht hätte. Wenn diese Person kommen und den Versuch machen sollte, um von Marie Geld zu expressen oder sich an das Mädchen heranzudrängen, welches seine frühere Thorheit bitter bereut und vor der Person zurückschrekt, welche sie zu derselben verleitet hat, dann sprich Du mit ihr und verweigere ihr Alles, was sie begehrst.' — Geld, Zeugnis oder meine Adresse, kur zum laß Dich auf gar keine Weise mit ihr ein!' Fräulein Dauvers, ich habe mein Versprechen erfüllt!"

Die Enttäuschung Derjenigen zu schildern, der diese Worte galten, spottet jeder Möglichkeit; gehässigster Zorn prühte aus ihren Augen.

"Ich habe genug gehört, Herr Doktor!" stieß sie aus, mit einem vergeblichen Versuch, ihre Würde aufrecht zu halten. "Weder Sie, noch Fräulein Bolton wählen den vernünftigsten Weg, um allen Skandal zum Schweigen zu bringen, indem Sie eine Person abweisen, welche jeden Moment das, was gewesen ist, aller Welt offenbaren kann."

"Um sich nur selbst damit zu Grunde zu richten!" vollendete Dr. Greville unerschüttert.

Emilie Dauvers zuckte die Achseln.

(Fortsetzung folgt.)

vorsätzlich angelegt worden sein müsse, und es lenkte sich der Verdacht auf den bei dem Herrn Schulz vorübergehend als Arbeiter beschäftigt gewesenen russischen Unterthanen Joseph Rehkuß. Noch in derselben Nacht wurde er verhaftet und heute unter sicherer Bedeckung dem hiesigen Gerichtsgefängniß zugeführt.

Allenstein. 8. Februar. (In der Generalversammlung des Allenstein-Vorschuss- und Darlehnsvereins wurde mitgetheilt, daß der verstorbene Kassirer von Knobelsdorff insgesamt 112 452 Mark unterschlagen und die Mitglieder des Vereins eventuell bis zu 33½ Prozent ihrer Einlagen zur Deckung des Verlustes herangezogen werden dürften. Zur Kontursanmeldung oder Liquidation des Vereins liege kein Grund vor.)

Wehlau. 6. Februar. (Bergifte.) Das Arbeiter-Breiter'sche Ehepaar wurde in seiner Wohnung tot aufgefunden. Anscheinend liegt Selbstmord durch Vergiftung vor. Das B'sche Ehepaar war erst vor einigen Monaten von Königsberg bisher gezogen. Sowohl der Mann als die Frau befanden sich im Alter von 25 Jahren.

Königsberg. 8. Februar. (Attentatsversuch gegen das Königsberger Schloß.) Am Sonntag wurde abermals in Königsberg der Versuch gemacht, im Schloß den Aufgang zum Konsistorium mittelst Petroleum in Brand zu stecken. Der Versuch wurde rechtzeitig entdeckt und ist in Folge dessen mißglückt. Die Thäter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Tilsit. 5. Februar. (Selbstmord.) Der wegen umfangreicher Wechselseitigkeiten etc. im hiesigen Gerichtsgefängniß in Untersuchungshaft befindliche Destillateur und Kaufmann J. Hinterer hat sich während der vergangenen Nacht durch Selbstmord der Strafe des irdischen Richters entzogen. Zur Ausübung des Selbstmordes hatte er zwei Taschentücher zusammengeknüpft, dieselben am Bettgestell befestigt und sich dann daran erhängt. Der in seiner Zelle Mitgehangene hat vor dem Vorgange nichts bemerkt. Gestern Nachmittag ist H. noch wegen gegen ihn eingeleiteter Meineidsachen vernommen worden, womit die Voruntersuchung abgeschlossen gewesen sein soll, so daß er seiner Verurtheilung vor der hiesigen Strafkammer entgegenstehen wird.

Bromberg. 7. Februar. (Gegen das Volksschulgesetz.) Die heute Nachmittag im hiesigen Schülzenhaus von den Wählern der liberalen und der conservativen Partei des Wahlkreises Bromberg-Wirsitz abgehaltene Volksversammlung, zwecks Stellungnahme gegen den Volksschulgesetz-Entwurf, war von ca. 500 Personen besucht. Dr. Erster Bürgermeister Bräse eröffnete und leitete die Versammlung. Redner sprach sich über den Entwurf aus und wies nach, daß durch denselben, würde er zum Gesetz erhoben, schwere Schädigungen für die Schule und Gefahren für den nationalen Frieden hervorbeschworen werden würden. Nach ihm nahm der Rittergutsbesitzer v. Falkenthal-Sluppono das Wort, um sich ebenfalls gegen den Entwurf auszusprechen und darauf hinzuweisen, daß durch das neue Schulgesetz nur confessioneller Hader und Unfrieden hervorgerufen werden würden. Dieser Redner hob hervor, daß er als Conservativer sich gegen den Entwurf erkläre. Es wurde darauf folgende Resolution angenommen: "Die öffentliche Versammlung von conservativen und liberalen Wählern der Stadt Bromberg und der Landkreise Bromberg und Wirsitz, abgehalten am 7. Februar 1892 im Schülzenhaus zu Bromberg, ist überzeugt, daß die weitgehenden Befreiungen, die nach dem Volksschulgesetzentwurf der königlichen Staatsregierung den Religionsgesellschaften übertragen werden sollen, geeignet sind, in den diesseitigen confessionellen und national gemischten Bezirken den religiösen und nationalen Frieden zu stören, ungünstig auf die Lehrer und die Leistungen der Schule zurückzuwirken und dadurch wichtige staatliche Interessen zu gefährden und bittet das hohe Haus der Abgeordneten und das hohe Herrenhaus, den Volksschulgesetzentwurf in der Fassung der königlichen Staatsregierung nicht anzunehmen zu wollen." Angenommen wurde ferner ein Antrag dahin gehend, die Abgeordneten des Wahlkreises zu ersuchen, im Sinne der Resolution zu stimmen. Auch dieser Antrag wurde von einem conservativen Gutsbesitzer gestellt.

Protestversammlung in Thorn. Die auf Anregung des hiesigen freisinnigen Wahlcomites gestern Abend im Schülzenhaussaal abgehaltene Protestversammlung gegen den Ledig'schen Volksschulgesetzentwurf war von über 400 Wählern aller Parteien besucht. Gegen 1/4 Uhr eröffnete Herr Stadtrath Schirmer die Versammlung, deren Verhandlungsgegenstand, der Volksschulgesetzentwurf, von so eminent einschneidender Bedeutung sei, daß er jede Partei berühre. Der Vorstand des freisinnigen Wahlvereins habe daher geglaubt, alle Diejenigen einzuladen, welche gesonnen sind, eine Erklärung gegen den qu. Entwurf abzugeben. Seit 1848 wisse er sich nicht eine Gesetze zu erinnern, welches so schnelle und gewaltige Aufregung hervorgerufen, wie das vorliegende. Ganz besonders hätten unsere östlichen Provinzen, Ost- und Westpreußen und Polen, zu leiden und nachtheilige Folgen. Es könne daher wohl mit Recht angenommen werden, daß alle liberalen Parteien Stellung gegen den Entwurf nehmen und eine Erklärung abgeben würden, daß der Landtag das Gesetz nicht annimmt.

Herr Redakteur Dr. Pasch nahm darauf das Wort, um die Grundzüge des qu. Entwurfs zu erläutern und einer Kritik zu unterziehen. Seit ca. 91 Jahren, so führte Redner aus, werde bereits an einem Schulgesetz gearbeitet, immer aber sei ein diesbezüglicher Entwurf als "weiße Dame" erschienen, welche mindestens den Sturz eines Kultusministers ankündigte. Der jezige Entwurf sei bereits der neunte und scheine etwas anderes zu verkünden, nämlich die Erfüllung der bekannten Windhorst'schen Schulanträge; im Uebrigen sei der Ledig'sche Entwurf nur die Wiederholung des Gosler'schen. Für Jeden, dem das Wohl der Volksschule am Herzen liege, müsse der heutige Gesetzentwurf unannehmbar sein. Zwei Punkte seien besonders hervorzuheben: 1. die einseitige Hervorhebung und Überbetreibung der Confessionalität und die Beschränkung der Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden. Redner führte dann folgende Paragraphen an und erläuterte dieselben. § 112: Bei der Schlussprüfung im Lehrerseminar entscheidet der kirchliche Kommissar über die Amtsfähigkeit des Schulamtsaspiranten. Wenn der kirchliche Kommissar, der Geistliche, sein Veto einlegt, so kann der Kandidat nur ein Zeugnis ohne die Fähigkeit für den Religionsunterricht erhalten. Er ist dann gewissermaßen ein Lehrer minderer Grades und wird überhaupt kaum eine Anstellung finden, denn die konfessionellen Schulvorstände werden einen solchen Lehrer nicht wählen. Dieser kirchliche Kommissar wird aber nicht vom Staat ernannt, sondern die Kirchenbehörde (der Bischof) entsendet ihn aus eigenem Rechte. Die Kirchenbehörde, nicht der Staat, ist also die entscheidende Stelle für das Schicksal der Lehrer.

S 18: Die Stellung des Geistlichen zum Lehrer bezüglich des Religionsunterrichts wird völlig unhalbar. Der Geistliche soll nicht nur den Unterricht beiwohnen, die Kinder examinieren, den Lehrer mit Beispielen versehen können, sondern die kirchliche Oberbehörde soll befugt sein, im Einvernehmen mit dem Regierungs-Präsidenten, den Geistlichen mit der Erteilung des Religionsunterrichtes zu betrauen. Welche Stellung der Lehrer dadurch in der Gemeinde und den Schulkindern gegenüber erhalten würde, liegt auf der Hand.

S 14: Neue Schulen sollen nur auf konfessioneller Grundlage errichtet werden, wodurch die Simultanschulen, die bisher auch in Bezug auf den konfessionellen Frieden sehr segensreich wirkten, auf den Aussterbeetat gesetzt werden; daß in konfessionell eingerichteten Schulen nur Lehrer der betreffenden Konfession beschäftigt werden, was einerseits durchaus nicht notwendig, andererseits für die Existenz mancher Lehrer verhängnisvoll werden müßte.

S 17: Bei dem Vorhandensein von 30 Kindern einer bestimmten Konfession kann der Regierungs-Präsident die Errichtung einer besonderen Schule dieser Konfession bei Zustimmung der Gemeinde — und diese Zustimmung kann erzwungen werden — anordnen, bei 60 Kindern muß er, auch ohne diese Zustimmung, die Errichtung anordnen. Durch solche Maßnahmen wird die Entwicklung unseres Schulwesens geradezu gehemmt, indem die Bildung und das Bestehen mehrstufiger Schulen erschwert und vielfach verhindert wird. (§ 15.) In schrofsem Gegensatz hierzu steht die Behandlung der Dissidenten-Kinder, welche auch gegen den Willen der Eltern an dem Religionsunterricht einer anerkannten Konfession teilzunehmen gezwungen werden können.

S 22: Die Vorsichtsmaßregeln bezüglich der Gründung von Privatschulen sollen beschränkt werden. Es ist auch dies ein Zusatzbedürfnis an die Wünsche des Zentrums, dem dadurch, wie es in Belgien tatsächlich geschehen ist, Gelegenheit geboten wird, wenn es ihm genehm oder nötig erscheinen sollte, den öffentlichen Volksschulen durch private Kirchenschulen Konkurrenz zu machen. Bisher hatte sich der Staat die Entscheidung der Bedürfnisfrage im einzelnen Fälle vorbehalten. Darauf soll jetzt verzichtet werden und der Staat gibt ein höchst wichtiges Recht aus der Hand.

Der Geistliche soll eine bevorzugte Stellung im Schulvorstande haben, indem er als Vorsitzender des Schulvorstandes unter Vorsitz des Geistlichen, eine Stellung, welche die Bürgermeister niemals annehmen werden und annehmen können. Selbst der frühere Gosler'sche Entwurf hatte die Gemeindevorsteher zu Vorsitzenden des Schulvorstandes gemacht.

Der letztere Punkt berührt schon 2) die Selbstverwaltung der Gemeinden, und diese ist ebenso schwerwiegend wie die Bedenken in konfessioneller Hinsicht. Die betreffenden Bestimmungen stellen einfach die Allmacht des Regierungspräsidenten fest, während die Gemeinde sowohl bezüglich der äußeren Schulverhältnisse, des Schulvermögens, der Lehreranstellung sehr wesentlich ungünstiger gestellt wird, als es nach dem gegenwärtigen Rechte der Fall war. Die konfessionellen Schulvorstände legen die Gemeindebehörden lahm. Wie sich übrigens die Schulverwaltung in großen Städten gestalten soll, ist völlig unklar.

Dies sind die wichtigsten vom Redner vorgetragenen Punkte. Seinen klaren Vortrag schloß er etwa mit folgenden Worten: Die Zukunft für unser Schulwesen liege sonach ziemlich düster vor uns. Eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft sei nur dann vorhanden, wenn der Unwill, welcher sich weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus in allen Kreisen geltend macht und der immer mächtiger und mächtiger anschwint, die maßgebenden Kreise daran erinnere, daß mit diesem Gesetzentwurf ein Fehltritt gethan sei. Darum fort mit diesem Schulgesetz!

Herr Landrichter Martell beleuchtete einige allgemeine Gesichtspunkte aus dem Geschehe. Die Bedenken, daß der Entwurf Gesetz wird, seien leider groß, es liege das in der Zusammenfügung des Landtages. In der Commission liegen die Umstände ebenso ungünstig. Es sei seiner Meinung nach vorläufig keine Veränderung des gegenwärtigen Verhältnisses unserer Volksschulen nötig. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß die Landschullehrer mehr Aufsicht bedürfen, so sei es doch unerfindlich, warum diese Aufsicht gerade eine gewisse sein müßt. Sollte eine Aufsicht über die Volksschullehrer ausgeübt werden, so müsse dieselbe wirklich technisch und pädagogisch gebildeten Leuten übertragen werden; der Geistliche habe aber diese Kenntnisse nicht ausreichend. Was für ein Grund sei vorhanden, die anerkannten Falt'schen Schulgrundzüge zu ändern? Woher kommen derartige Anträge? — Von den auf der äußersten Rechte stehenden Parteien. Man hoffe, durch das neue Gesetz der Socialdemokratie hemmend entgegnet zu werden. Er (Redner) halte aber die Schule für zu hoch und es für die Religion entwürdigend, um in den Kampf gegen die Socialdemokratie einzutreten. Wenn das Bürgerthum sich nicht gegen den Socialismus wehren könnte, durch die Religion werde derselbe niemals weggeschafft. Nachdem Redner noch auf die aus dem Gesetz entstehenden Gefahren für das Deutschthum in unserer Provinz hingewiesen, schloß er seine vielen Befall aufgenommenen Worte.

Selbst ein Mitarbeiter des hiesigen conservativen Organs, welches in dem Volksschulgesetz all ihre Wünsche erfüllt sieht und dasselbe mit Freuden begrüßt, — Herr Böttcher — erklärte sich, gegen den Entwurf; dem Lehrer gehöre die Schule, dem Geistlichen die Kirche!

Als letzter Redner trat Herr Pfarrer Jacobi auf. Es sei sonst nicht seine Gewohnheit, in öffentlichen politischen Versammlungen zu sprechen. Indes könne er nicht umhin, einige Punkte im Verhältnis der Kirche zur Schule zu berühren. Er habe stets zur politischen Mittelpartei gehalten und stehe auch heute noch zu derselben. Gleichwie die freisinnige Partei müsse auch seine Partei energisch Stellung gegen den Gesetzentwurf nehmen. Die hiesigen evang. Geistlichen seien im vorigen Jahre auf einer Konferenz einstimmig für die Abschaffung der geistlichen Localschulinspektion gewesen. Die Meinung im Publikum, als möchten die evangelischen Geistlichen die Localschulinspektion erhalten, sei daher ganz unrichtig. Er sei bereits seit 8 Jahren Localschulinspector auf dem Lande und spreche daher aus Erfahrung. Die Schulaufsicht müsse in die Hände des Staats gelegt werden! Wer habe denn Nutzen von einer geistlichen Schulaufsicht? Nur allein das Zentrum, der Staat, sowohl wie die evangelische Kirche wahrlich nicht! Er habe den Eindruck gewonnen, als würden dem Centrum viel zu viele Concessions gemacht. Der frühere Reichskanzler habe wiederholt gefragt: "Nach Canossa gehen wir nicht!" — ihm scheine es aber, als ob wir bereits nahe daran seien! Gehe der vorliegende Gesetzentwurf durch, so würde das Centrum erst recht seine Stimme erheben und immer weitere

Concessions verlangen. (Die Worte des Redners wurden mit vielem Beifall und Bravorufen aufgenommen.)

Der Vorsitzende dankte dem Redner, dessen Zeugnis aus den Mittelparteien außerordentlich wertvoll sei.

Es wurde darauf folgende Resolution vorgelesen:

Die heutige Versammlung von Bürgern der Stadt Thorn sieht in dem dem Hause der Abgeordneten vorgelegten Entwurf eines Volksschulgesetzes einen grundsätzlichen Bruch mit den bestehenden Vorschriften, einen bedauerlichen Rückschritt gegen die bestehenden Verhältnisse auf dem Gebiete der Schule und findet dies insbesondere

1. In der prinzipiellen Forderung der konfessionellen Schulen und der Einigung von Simultanschulen;
2. In dem Einfluss der Geistlichkeit bei Vorbildung und Prüfung der Lehrer und der Machtbefugniß der Kirchenbehörden in der Leitung des Religionsunterrichts;
3. In der Beschränkung der Rechte der bürgerlichen Gemeinde in Beziehung auf die Leitung der Schule und der dadurch zu befürchtenden Einschränkung des Interesses für die Volkschulen;
4. In dem Hervorrufen des durch konfessionelle Schulen herauszubildenden Unfriedens zwischen den Konfessionen;
5. Der zu befürchtenden Zurückdrängung der Kenntnisse der deutschen Sprache in der Provinz Westpreußen.

Die Versammelten beschließen, vorstehende Erklärung dem Hause der Abgeordneten zu übermitteln.

Die Versammlung erklärte sich fast einstimmig für den obigen Wortlaut der Petition, die sofort zahlreiche Unterschriften fand.

Darauf Schluß der Versammlung.

Locales.

Thorn, den 9. Februar 1892.

Thorn'scher Geschichtskalender.

Von Begründung der Stadt bis zum Jahre 1793.

Februar. 10 1850. Der Rat bezeugt die Stiftung des Heiligen Kreuz-Ultars in der St. Georgenkirche durch Gründ von Allen mit 15 Mark.

10. 1370. König Albert von Schweden erhebt den Thronern ein Privilegium zur Anlegung von Bitten (Handelsfactoren) in seinem Lande Schonen.

— Die Ostdeutsche Zeitung bringt in ihrer heutigen Nummer eine Entgegnung auf das von uns über unser Herrenhausmitglied Gesagte. Wir können demgegenüber aber nur wiederholen, daß das Herrenhausmitglied nicht von der Bürgerschaft — wie die „Ostdeutsche“ heute meint — gewählt, sondern vom Magistrat vor mehr als 20 Jahren Sr. Majestät dem Könige präsentiert ist, welcher die Gnade gehabt, sie: e. Bestätigung zu ertheilen. Das der Magistrat nun berechtigt sein soll, seinen Vertreter im Herrenhaus aufzufordern, wie er über ein Gesetz stimmen soll, diese Behauptung ist doch späfig! Der Magistrat hat es s. B. bei der Präsentation sicherlich der Intelligenz und politischen Meinung seines Vertreters anhingestellt, wie er über die jeweiligen Gesetzesvorlagen im Herrenhause nach Anhörung der Verhandlungen stimmen wird. Der Magistrat ist daher durchaus nicht berechtigt, irgend welchen Einfluß auf die politische Meinung und Handlung seines Herrenhaus-Vertreters — die hier übrigens unzweifelhaft ist — auszuüben. Die Vermuthung, daß ein altes, bewährtes, liberales Mitglied für das Bedächtige Schulgesetz stimmen wird, ist doch wohl ausgeschlossen. Wozu also solch eine unnötige Aufforderung?

— Der hiesige Lehrerverein hat sich in mehreren Sitzungen eingehend mit dem Volksschulgesetz-Entwurf beschäftigt und am Sonnabend eine Commission gewählt, welche die Wünsche der Wehrheit zusammenfassen und dem Vorstande des Provincial-Lehrervereins übermitteln soll. Dieselben geben dabin: Die Volksschule sei als Grundlage für sämtliche öffentliche Unterrichtsanstalten anzuerkennen. Einklassige Schulen dürfen nicht über 60 Kinder zählen; bei mehrklassigen Schulen ist auf je 50 Kinder eine Lehrkraft anzustellen. Halbtagsschulen müssen beseitigt werden, in Gegenden mit gemischter konfessioneller Bevölkerung ist der Simultanschule der Vorzug zu geben. Ferner erklärt sich der Verein gegen das kirchliche Einpruchsrecht bei Prüfung und Anstellung der Lehrer und gegen die direkte Unterordnung des Lehrers unter den mit der Inspection des Religionsunterrichts beauftragten Geistlichen. Die Berechtigung zur Erteilung des Religionsunterrichts ist dem Lehrer nur auf dem Wege des geordneten Disciplinarverfahrens abzusprechen. Die Ferien der Volksschulen müssen hauptsächlich aus sozialen Gründen alleine Dauer mit denen der mittleren und höheren Schulen erhalten. Die Volksschulinspektion werde aufgehoben und die Schulaufsicht durch Kaufmänner ausgeübt. Der niedere Kirchdienst ist zu beseitigen. Die Lehrer an Volksschulen sind nicht zu mehr als 30 Stunden wöchentlich zu verpflichten. Vertrittungen an benachbarten Schulen und Unterricht an der Fortbildungsschule hat die Schulbehörde nach Uebereinkommen der Beteiligten anzurichten. Das Grundgehalt betrage mindestens 1200 Mark, werde nach den Theuerungsverhältnissen erhöht und von 10 zu 10 Jahren einer Revision unterzogen. Die Alterszulagen sind vom 5. Dienstjahr ab zu gewähren und ihr Höchstbetrag in 25 Dienstjahren zu erreichen. Durch Grundgehalt und Alterszulagen seien die Volksschullehrer den höheren Subalternbeamten gleichgestellt. Für provisorisch angestellte Volksschullehrer sind 75 vE. des Grundgehalts zu gewähren. Der Wert der freien Dienstwohnung oder die Nichtentschädigung ist in gleicher Höhe wie bei den Subalternbeamten nach den Servitklassen festzusetzen. Allen Landeslehrern und Inhabern von Dienstwohnungen werde Feuerung gewährt gegen 5 vE. des Grundgehalts. Dienstländereien sind nach dem einfachen Grundsteuer-Reinetrage anzurechnen. Die Verförderung der Wittwen und Waisen ist gesetzlich so zu regeln, wie bei den unmittelbaren Staatsbeamten.

— Das neue Militärzelt, das jetzt in der Sitzung der Budgetkommission vorgezeigt wurde, besteht aus zwei quadratischen dichtgewebten braunen Baumwolltüchern, die an den Seiten mit Messingknöpfen versehen sind. Die zwei dieser Tücher werden an einer Seite zusammengebunden und über zwei Stöcke gezogen und am Boden mit je drei Pfosten befestigt und bilden das Zelt für zwei Mann. Durch Zusammenhalten von zwei, vier oder mehr Tüchern können größere und luftiger Räume hergestellt werden. Das Tuch ist auch als Regenmantel vorzüglich benutzbar, giebt allerdings dem Mann ein etwas mönchhaftes Aussehen. Es wird wasserfest durch das Anschwellen der Baumwollfäden, sobald sie feucht werden. Das Tuch mit einem Stock und drei Pfosten wiegt

1600 Gramm, belastet den Mann mit etwas über 3 Pfund. Durch Erfas des Messings durch Aluminium kostet man das Gewicht um etwa 200 Gramm zu vermindern.

— Im Interesse der stellenlosen Förster und Jäger hat der Verlag der Jagdzeitung „St. Hubertus“, Paul Schettlers Erben in Köthen Anhalt, eine lobenswerte Einrichtung getroffen. Derselbe nimmt Inserate, in welchen Kommunen oder Private Stellen irgendwelcher Art für Försterbeamte und Jäger ausschreiben, von jetzt an gratis auf.

— In der heutigen Handelskammer-Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß der Herr Handelsminister die Handelskammern in den durch den Fürsten Bismarck in seiner ehemaligen Eigenschaft als Handelsminister auferlegten Verpflichtung, die Jahresberichte vor ihrer Veröffentlichung zur Genehmigung vorzulegen, entbunden habe.

— Wie polnische Blätter melden, wird Herr Rechtsanwalt v. Palecki zum 1. April von Graudenz nach Thorn übersiedeln.

— Die Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung hat gestern in den Räumen des Museums ihr Winterantragen begangen. Bei der Tafel brachte der stellvertretende Vorsitzende, Herr Smolbodi ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser, den Schirmherrn des Handwerks aus. — Dem Feste wohnten auch viele Innungsmitglieder von auswärts bei.

— Schwurgericht. Gestern standen 2 Sachen zur Verhandlung an. Die erste betraf die unvermeidliche Arbeitin Henrietze Lata aus Neu-Bielin, s. B. in Halt wegen wissenschaftlichen Meineides. Die Angeklagte behauptet volandes Sachverhältig: Dem Forstaufseher Max Reinhard aus Neu-Bielin wurden im November 1890 aus dem von ihm beaufsichtigten Forstrevier eine Anzahl Eichen gestohlen. Die von ihm nach dem Diebe angestellten Ermittlungen führten infolge zu einem Resultat, als er in Erfahrung brachte, daß die Angeklagte gesehen haben sollte, daß der Bauer Stanislaus Lawicki aus Abb. Colonia Brinst den Diebstahl ausgeführt habe. Er suchte die Angeklagte auf, und fragte sie, was sie von dem Diebstahl wisse. Letztere erklärte, sie habe gesehen, daß Lawicki von seinem Felde, welches unweit des in Niedersieben Forstbaus liegt, Eichenholz tragend gekommen und seinem Wohnhause zugegangen sei. Sie habe ihn noch gewarnt, daß Holz sich, zuzueignen, worauf dieser geantwortet habe, was auf seinem Felde liege könne er nehmen. Auf Grund dieser Mitteilung brachte Reinhard die Diebstahlsangelegenheit der Staatsanwaltschaft zur Anzeige. Es wurde das Strafverfahren gegen Lawicki eingeleitet und in demselben auch die Angeklagte von dem Königlichen Amtsgerichte in Lautenburg als Zeugin vernommen. Im Termine am 10. März 1891 sagte die Angeklagte, nachdem sie den Zeugeneid geleistet hatte aus, daß sie die Mitteilung dem Reinhard nicht gemacht, daß sie überhaupt nichts über die Ausführung des Diebstahls Seitens des Lawicki befunden könne, da sie nichts davon wisse. Lawicki wurde infolge dieses Zeugnisses und da anderes Beweismaterial nicht vorlag, von der Anklage des Diebstahls freigesprochen. Nach der Anklage soll Angeklagte ihr Zeugnis wissenschaftlich falsch abgegeben haben. Sie bestreitet ihre Schuld und bleibt auch heute dabei, daß sie in Lautenburg vor dem Gerichte die Wahrheit gesagt habe. Durch die heutige Beweisaufnahme wurden ihre Behauptungen jedoch widerlegt. Die Geschworenen sprachen das Schuldbur über sie aus, worauf sie der Gerichtshof zu 1 Jahr 6 Monaten Bußgeld verurteilte, ihr auch die Fähigkeit aberkannte, als Zeugin oder Sachverständige ehrlich vernommen zu werden. In der zweiten Sache wurde gleichfalls wegen wissenschaftlichen Meineides gegen den Obstbänder Josef Wlochnski in Culmsee und zwar unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Angeklagter wurde des wissenschaftlichen Meineides für schuldig erachtet und mit 1 Jahr Gefängnis bestraft.

— Von der Weichsel. Das Wasser fällt langsam; Eis treibt noch auf der ganzen Strombreite. Bei Neuhütte war gestern Mittag die Strömung so scharf und reißend, daß das Wohnhaus des Besitzers und Fährmannes Simon Wegner, welches bisher den Eisgangen und Überschwemmungen stand gehalten, in zwei Stunden vollständig in die Flut hinabgerissen wurde. — Die Eisstopfung unterhalb Graudenz ist noch immer nicht fertig.

— Polizeivericht. Verhaftet wurden gestern 9 Personen, darunter die Dienstmagd Kude, welche ihrer Herrschaft in Witzehausen in Hessen ca. 90 Mt. und hier in Thorn 6 Mt. 15 Pf. gestohlen hatte.

Gefunden Ein Gebetbuch

Litterarisches.

Eine ganz vorzügliche Inhaltsverzeichnung der beliebten, soeben in den neuesten Nummern uns vorliegenden praktischen, illustrierten Frauenzeitung „Mode und Haus“ ist der „Verzückte Ratgeber.“ Derselbe enth.: Gesundheitsregeln für den Februar; Artikel über die Influenza, Verstauchung des Fingers, Krampfadern, Knirschusten, Mittesser, Kopf, Verstümmelte Fischarten, Schwämme bei Kindern, Soorvit bei Kindern, Ratenbluten, Kopfschmerzen, Bleichfucht. Mauergrütze findet die 24 Modes-Originalen und die 25 theils naturgroßen Handarbeitsvorlagen. Die zu „Mode und Haus“ gehörige abdruckte illustrierte Gedächtniss, die illustrierte Haarkrautzeitung und die großen Schnittmusterbozzen bieten hervorragende Unterhalts- und praktischen Nutzen vereinigende Leistungen. Das beigegebene farbenprächtige Stahlstich-Modebild, die Monogramm-Alphabete und die Muster-Frisuren erhöhen die große Vielseitigkeit des Universalblattes, das unter Nachlieferung der erschienenen Nummern zum Bierteljahrspreise von 1 Mark, resp. 1½ Mark (für letzten Preis wird „Mode und Haus“ mit Colorits abgegeben) durch alle Buchhandlungen und Postanstalten noch für das laufende Quartal zu beziehen ist.

Permanisches.

(In der Schule) zu Kampen in Schleswig ist das letzte prächtige Kaiserbild von dänischen Fanatikern zerstört und beschimpft worden. Der Fall hat gerechte Erbitterung hervorgerufen.

(In der Umgegend) von Rom haben Gendarmen eine Räuberbande von 46 Mann dingfest gemacht. Die Sicherheitszustände in der Umgebung der ewigen Stadt ließen wieder ungemein zu wünschen übrig.

(Auf der Oder) ist der Eisgang ohne neuen Unfall vorübergegangen. Die Schiffahrt dürfte sofort wieder eröffnet werden.

(Ein fürchtbares Feuer) brach Sonnabend Morgen in der Aktienbrauerei Marienthal bei Wandsbek aus und zerstörte sämtliche Lagerräume für Malz und Hopfen. Der Schaden beträgt eine halbe Million.

(Drei Fischer), die am Freitag über das Frische Haff fuhren, gerieten bei Nebel in eine offene Stelle und ertranken.

(Der Allan-Dampfer „Polynesian“, von Liverpool nach Baltimore, ist in der Nähe von Kap Henry gestrandet. Man hofft, mit der nächsten Flut den Dampfer wieder flott zu machen.

(Wieder ein gestrandeten deutschen Dampfer „Eider“) wird über London noch gemeldet: Die Lage der „Eider“ ist unverändert. Der Capitän und 25 Matrosen bleiben an Bord in der Hoffnung, den Dampfer wieder flott zu machen. Zehn Kisten mit Silbergeschirr und einiges Passagiergepäck wurden geborgen. Noch etwa 40 Beutel mit Poststücken sind noch an Bord, die ohne Hilfe von Tauchern nicht geborgen werden können.

Der Prinz von Wales und Prinz Georg besichtigten das Schiff vom Gestade.

Berich wunder ist aus Potsdam de Bankier Neumann, welcher dort erst seit einigen Jahren etabliert gewesen ist. — Das Bankgeschäft von Wilhelm Stäven in Cettin ist mit bedeutenden Passiven insolvent.

(Zur Selbsteinschäzung in Preußen.) Auch die Stadt Marburg ist reicher, als man je geglaubt hat. Bei der neuen Selbsteinschäzung soll es sich herausgestellt haben, daß dort nicht weniger als zehn Millionen wohnen.

(Wie der Bierum welche von Denen!) Dr. Direktor der Preizer Bank, Rud. Eisentraut, ist nach Unterschlagungen von 150 000 Mark durchgebrannt.

(Fünf viertel Millionen Mark) hat ein bekannter Berliner Marmorwaarenfabrikant und Sportsmann in einer einzigen Nacht verpielt. Daß die Millionen nun doch all geworden sind und die ganze Geschichte zusammenkrachte, kann darnach nicht Wunder nehmen.

(Drei Kaiser als Pathen.) Einem Schmiedemeister in Brieselow in der Mark ist der zehnte Junge geboren. Beim siebten war Kaiser Wilhelm I. Pathen, beim aften Kaiser Friedrich, beim neunten Kaiser Wilhelm II. Nun hindeutet es sich um den zehnten.

(Ein neues Krebsheilmittel.) Dr. Krausser Professor Adamkiewitsch in Wien, welcher seit Monaten Versuche mit einem Krebsheilmittel unternimmt, stellte der Gesellschaft der Ärzte einen Patienten vor, der durch das Verfahren vollständig geheilt ist. Adamkiewitsch teilte mit, daß die Drüsen nach vierzehntägiger Behandlung gänzlich verschwanden, welche ein halbes Jahr hindurch langsam, aber stetig gewachsen seien. Der Heilungsprozeß erfolgte unter dem Einfluß von Injectionen, welche auf andere als krebsartige Gebilde keine Wirkung ausübten. Adamkiewitsch versicherte, die Wirksamkeit seines Mittels sei jetzt zweifellos. Die Professoren Billroth und Kundrat widersprachen jedoch der Behauptung, daß das Mittel unbedingt sicher sei.

(Der Dichter) Dr. Gisbert von Vincke, bekannt durch seine Bearbeitung Shakespaeres, Bruder Georg von Vincke's, ist in Freiburg in Br. gestorben.

Telegraphische Depesche der „Thornener Zeitung“.

Warschau, 9. Februar, 12 Uhr 3 Minuten
Mittags Wasserstand heute 1,97 Meter, stark Eisgang.

Wasserstände der Weichsel und Brahe.

Weichsel:

Morgens 8 Uhr.

Thorn, den 8. Februar.	280 über Null.
Warchau, den 6. Januar.	84 über "
Culm, den 7. Februar.	76 über "
Brahemünde, den 8. Februar.	38 "

Brahe:

Bromberg, den 8. Februar.	534 "
---------------------------	-------

Berantwortlicher Redakteur: Wilhelm Gräfe in Thorn.

Handels-Nachrichten.

Thorn 9. Februar.

Wetter leichter Frost.

Wheat pro 1000 Kilo per v. abn.	115/17 pfd. bunt 186/88 2. 120/121 pfd. hell 192/94
Mt. 124 pfd. hell 97 Mt. 126/27 pfd. hell 200/202 Mt.	Roggen fester, je nach Qualität 112/14 193/96 Mt. 115/16 198/200
Mt. 1 7/18 pfd. 204/205 Mt.	Grüne Brauware 164/175
Hafer je nach Qualität 150 56	

Telegraphische Schlufzurufe.

Berlin, den 9. Februar.

Tendenz der Nordbörsen: fest.

	9. 2. 92	8. 2. 92
Russische Banknoten p. Cassa	202,25	200,5
Beispiel auf Wandsbek kurz	201,25</td	

Inventur-Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

ADOLPH BLUHM.

Feste Preise!

Baar-System!

Bekanntmachung.

Ortsstatut

betreffend die gewerbliche Fortbildungsschule in Thorn.

Auf Grund der §§ 120, 142 und 150 der Gewerbeordnung für das deutsche Reich in der Fassung des Gesetzes betreffend Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 (R.-G.-Bl. S. 261 ff.) wird nach Anhörung beteiligter Gewerbetreibender und Arbeiter und unter Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung für den Gemeindebezirk Thorn nachstehendes festgesetzt.

§ 1.

Alle im gedachten Bezirke sich regelmäßig aufhaltenden, oder in regelmäßiger Arbeit dafällig befindlichen, gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter), die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind verpflichtet, die hier selbst errichtete öffentliche gewerbliche Fortbildungsschule an den festgelegten Tagen und Stunden zu besuchen und an dem Unterricht Theil zu nehmen.

§ 2.

Befreit von dieser Verpflichtung sind nur solche gewerblichen Arbeiter, die den Nachweis führen, daß sie diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen, deren Aneignung das Lehrziel der Anstalt bildet.

Dieser Nachweis wird als geführt angesehen durch Bebringung eines Schulzeugnisses, aus welchem hervorgeht, daß der Lehrcurius der obersten Klasse der städtischen Mittelschule zu Thorn mit Erfolg durchgemacht ist.

§ 3.

Gewerbliche Arbeiter, die über 18 Jahre alt sind, oder in dem Gemeindebezirke weder wohnen, noch beschäftigt werden, können, wenn der Platz ausreicht, auf ihren Wunsch zur Teilnahme am Unterricht zugelassen werden. Der Schulvorstand (Curatorium) bestimmt über die Zulassung solcher Schüler.

§ 4.

Zur Sicherung des regelmäßigen Besuches der Fortbildungsschule durch die dazu Verpflichteten, sowie zur Sicherung der Ordnung in der Fortbildungsschule und eines gebührlichen Verhaltens der Schüler werden folgende Bestimmungen erlassen:

1. Die zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichteten gewerblichen Arbeiter müssen sich zu den für sie bestimmten Unterrichtsstunden rechtzeitig einfinden und dürfen sie ohne eine nach dem Erneissen der Ortsbehörde ausreichende Entschuldigung nicht ganz oder zum Theil verläumen;
2. Sie müssen die ihnen als nötig bezeichneten Lernmittel in den Unterricht mitbringen;
3. Sie haben die Bestimmungen des für die Fortbildungsschule erlassenen Schulreglements zu befolgen;
4. Sie müssen in die Schule mit gewaschenen Händen und in reinlicher Kleidung kommen;
5. Sie dürfen den Unterricht nicht durch ungebührliches Vertragen stören und die Schuluniformen und Lehrmittel nicht verderben oder beschädigen;
6. Sie haben sich auf dem Wege zur Schule und von der Schule jedes Unfalls und Lärms zu enthalten.

Zurückschreibungen werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 (R.-G.-Bl. S. 287) mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft, sofern nicht nach gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verhinkt ist.

§ 5.

Eltern und Vormünder dürfen ihre zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichteten Söhne oder Mündel nicht davon abhalten. Sie haben ihnen vielmehr die dazu erforderliche Zeit zu gewähren.

§ 6.

Die Gewerbeunternehmer haben jeden von ihnen beschäftigten noch nicht 18 Jahre alten gewerblichen Arbeiter spätestens am 14ten Tage, nachdem sie ihn angenommen haben, zum Eintritt in die Fortbildungsschule bei der Ortsbehörde anzumelden und spätestens am 3ten Tage, nachdem sie ihn aus der Arbeit entlassen haben, bei der Ortsbehörde wieder abzumelden. Sie haben die zum Besuch der Fortbildungsschule Verpflichteten so zeitig von der Arbeit zu entlassen, daß sie rechtzeitig und, soweit erforderlich, gereinigt und umgekleidet im Unterricht erscheinen können.

§ 7.

Die Gewerbeunternehmer haben einen von ihnen beschäftigten gewerblichen Arbeiter, der durch Krankheit am Besuch des Unterrichts gehindert gewesen ist, bei dem nächsten Besuch der Fortbildungsschule hierüber eine Bescheinigung mitzugeben. Wenn sie wünschen, daß ein gewerblicher Arbeiter aus dringenden Gründen vom Besuch des Unterrichts für einzelne Stunden oder für längere Zeit entbunden werde, so haben dies bei dem Leiter der Schule so zeitig zu beantragen, daß dieser nötigenfalls die Entscheidung des Schulvorstandes einholen kann.

§ 8.

Eltern und Vormünder, die dem § 5 entgegenhandeln und Arbeitgeber, welche die im § 6 vorgeschriebenen An- und Abmeldungen überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig machen, oder die von ihnen beschäftigten schulpflichtigen Lehrlinge, Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter ohne Erlaubnis aus irgend einem Grunde verlassen, den Unterricht ganz oder zum Theil zu versäumen, oder ihnen die im § 7 vorgeschriebene Bescheinigung dann nicht mitgeben, wenn der schulpflichtige frankheitshalber die Schule verläuft hat, werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 (R.-G.-Bl. S. 287) mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft. Dafür, daß ein Arbeitgeber die im § 7 Satz 2 vorgeschriebene Verpflichtung zur vorherigen Einholung der Erlaubnis, einer gewerblichen Arbeiter aus dringenden Gründen vom Besuch des Unterrichts für einzelne Stunden oder für längere Zeit zurückhalten zu dürfen, nicht erfüllt hat, tritt eine Bestrafung dann nicht ein, wenn der Arbeitgeber nachzuweist, daß die rechtzeitige vorherige Beantragung dieser Erlaubnis ihm unmöglich gewesen ist, und wenn er ungesäumt nachträglich die Entbindung von dem Unterricht beantragt.

Thorn, den 27. Oktober 1891.

Der Magistrat.

gez. Kohli.

(S. L.)

J. No. I 8762/91

Vorstehendes Ortsstatut wird auf Grund der §§ 120, 142 und 150 der Reichs-Gewerbe-Ordnung in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891 (R.-G.-Bl. S. 261 ff.) in Verbindung mit § 122 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1ten August 1883 hierdurch bestätigt.

Marienwerder, den 7. Dezember 1891.

(L. S.)

Namens des Bezirks-Ausschusses.

Der Vorsitzende.

In Vertretung.

No. 6057 B. A.

gez. von Kehler.

wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Thorn, im Januar 1892.

Der Magistrat.

Zwei 4-zöller und ein 2-zöller

Arbeitswagen

sowie Kutsche und Arbeitsgeschirr verkauft billigst

Fr. Dobrzenski.

In Brandmühle ist ein fettes Kind u. fettes Schwein z. verf.

1 möbl. Zim bill. z. verm. Bäckerstr. 12

Bekanntmachung.

Über das Vermögen des Kaufmanns Hirsch Simon in Firma H. Simon in Thorn ist

am 8. Februar 1892

Nachmittags 5 Uhr 45 Minuten das Konkursverfahren eröffnet

Konkursverwalter Kaufmann Gustav Fehlauer in Thorn.

Offener Arrest mit Anzeigefrist

bis 5. März 1892.

Anmeldefrist

bis zum 31. März 1892.

Erste Gläubigerversammlung

am 7. März 1892,

Mormittags 10 Uhr

Termintzimmer Nr. 4 des hiesigen Amtsgerichts und allgemeiner Prüfungstermin

am 11. April 1892,

Mormittags 10 Uhr

dasselbst.

Thorn, den 8. Februar 1892.

Zurkowski.

Gerichtsschreiber des Rgl. Amtsgerichts.

Deffentliche

Zwangsvorsteigerung.

Freitag, den 12. Februar d. J.

Mormittags 10 Uhr

werde ich in der Pfandkammer des Königlichen Landgerichtsgebäudes hier selbst den ganzen Inhalt eines Klempnerladens und zwar:

Hängelampen, Tischlampen, Gießkannen, eine Tombank u. a. m. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Thorn den 9. Februar 1892.

Harwardt,

Gerichtsvollzieher in Thorn.

Für vortheilhafte und gewinnbringende Milcherzeugung

Kälber-, Schweine-, Ochsen- und Schafmästung, Pferde- und

Geflügelhäutung empfehle ich das vorzügliche

Thorley'sche Mastpulver.

Mit. 1.15 für 10 Packete bei Anders & Co., Brückenstr. 18, Thorn

Schon Uebermorgen Ziehung!

Grosse

Lotterie zu Danzig,

Ziehung am 11. Februar d. J.

1000 Gewinne

Hauptgewinne im Werthe von:

10 000 Mark,

5000 Mark,

3000 Mark,

2000 Mark,

1000 Mark,

u. s. w. u. s. w.

LOOSE à 1 Mk.

11 Loose für 10 Mark,

28 Loose für 25 Mark

für zu beziehen durch

F. A. Schrader,

Haupt-Agentur,

Hannover, Große Packhofstr. 29.

In Thorn zu haben bei: St. K.

hielsti, Cigarrenhandlg., Breite-

straße Nr. 8.

Grosse Lotterie zu Danzig.

Ziehung schon am 11. Februar cr.

Hauptgew. Mit. 10 000, Loose à Mit. 1.10.

Rothe Kreuz-Lotterie.

Ziehung am 8. Februar cr., Hauptgew.

Mit. 50 000, Loose à Mit. 3.50.

Kölner Domkuppel-Lotterie.

Ziehung am 18. Februar cr., Haupt-

gewinn Mit. 75 000, Loose à Mit. 3.50

hält vorrätig die Hauptagentur:

Oskar Drawert, Alte Markt.

Für mein Kurz-, Weiß- und

Wollwaren - Geschäft zu ver-

kaufen ich einen

jungen Mann

als Lageristen, ferner

zwei Lehrlinge

aus guter Familie. Frei Station wird

im Hause gewährt. Meldungen erbitten

S. Fraenkel, Inowrazlaw.

Ein freundl. möbl. Zimmer, Ausicht

über die Weichsel, von folglich zu

vermieten. Schloßstraße 10, 2 Trp.

Wohnung, 3 Zimmer und Zu-

behr. Bäckermeister Lewinsohn.

Morgenziehung.

Nur 1 Mt. 10 Pf.

Loose zur großen

Lotterie zu Danzig

Ziehung am 11. Februar a. e.

(Hauptgew. i. Mit. 10 000, 5000,

3000, 2000 u. 1000 Mt.)

zu haben in der **Expedition** der

"Thorner Zeitung."